

## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** JHA/02/2012  
**Gremium:** Jugendhilfeausschuss  
**Tag:** Mittwoch, 14.03.2012  
**Ort:** Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201  
**Beginn:** 16:00 Uhr

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Bündnis für Familien
5. Konzeption eines Ausbildungsgangs "inklusive Bildung" des Käthe-Kollwitz-Berufskollegs Hagen
6. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
7. Neuausrichtung der Gebäude- und Immobilienwirtschaft bei der Stadt Hagen  
hier: Einführung eines Mieter-Vermieter-Modells (MVM)  
Vorlage: 1089-1/2011
8. Das Bundeskinderschutzgesetz
9. Spielplatzpatenkonzept  
Vorlage: 0159/2012
10. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### **1. Feststellung der Tagesordnung**

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden und bittet die Ausschussmitglieder um ihr Einverständnis, die Tagesordnung um einen Punkt zu erweitern. Als Gäste seien Herr Schäfer und Herr Hirschberg vom Käthe-Kollwitz-Berufskolleg anwesend. Dort solle ein Ausbildungslehrgang „Inklusive Bildung“ eingeführt werden. Dieser solle in der heutigen Sitzung vorgestellt werden. Er schlägt vor, die Thematik unter Tagesordnungspunkt 5 zu beraten.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Außerdem begrüßt er Herrn Budak als Vertreter von Frau Debudaj vom Jugendamtseaternbeirat. Er bittet ihn, sich kurz vorzustellen und bedankt sich für die Bereitschaft, diese Aufgabe im Vertretungsfalle für Frau Debudaj wahrzunehmen.

#### **2. Mitteilungen**

Herr Dr. Schmidt informiert darüber, dass die Stadt Hagen beim Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen“ vom Land eine Absage erhalten habe. Man werde dennoch versuchen, die Programme, für die Mittel in 2012 und 2013 eingeplant seien, auch ohne das Modellvorhaben für die Programme zu verwenden, die vorgesehen seien.

Auch Nachfrage von Herrn Strüwer macht er deutlich, dass damit die „Frühen Hilfen“ gemeint seien.

Herr Steuber berichtet, dass die Stadt Recklinghausen und viele andere Ruhrgebietsstädte eine Initiative gestartet hätten. Der bis dato zuständigen Jugendministerin sei mitgeteilt worden, dass die Erreichung des Zieles, 32 % der Kinder unter 3 Jahren mit einem Kindergartenplatz zu versorgen, mit den vorhandenen Haushaltsmitteln auf keinen Fall zu erreichen seien. Das gelte auch für die Stadt Hagen. Daher habe man sich dieser Initiative angeschlossen. Der Ausbau U-3 solle dadurch beschleunigt werden, dass die reinen U-3-Gruppen, die derzeit 10 Kinder aufnehmen dürften, demnächst bis zu einem Übergangszeitraum bis zu 15 Kinder aufnehmen könnten. Die Notgebiete es, solche Vorschläge zu machen. Man werde sonst den Rechtsanspruch ab 2013 bei Weitem nicht erfüllen können.

Herr Dr. Brauers berichtet, dass er an einer Sitzung beim MAIS teilgenommen habe, in der verschiedene nordrhein-westfälische Vergleichszahlen zum Bildungs- und Teilhabepaket vorgestellt worden seien. Er habe heute die Information vom MAIS bekommen, dass alle 53 Kreise und kreisfreien Städte gebeten worden seien, die Zahlen zum Aufwand dringend zu korrigieren. Die Höhe der Leistungen, die an den MAIS gemeldet worden seien, sei völlig unterschiedlich zur Höhe derselben Leistungen, die an die Bezirksregierung gemeldet wurden. 4 Kommunen, zu denen Hagen gehöre, hätten Zahlen gleicher Höhe gemeldet.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass es in den nächsten Wochen zwei ganz wichtige Termine gebe. Einer davon sei das Bündnis gegen Rechts. Das werde am kommenden Freitag ab 19.00 Uhr im Kunstquartier eröffnet. Man sei mit dem Thema sehr weit vertraut und solle sich daher überlegen, dieser Initiative als Jugendhilfeausschuss geschlossen beizutreten. Bei dem zweiten Termin gehe es um die Eröffnungsfeier des Jugendzentrums Quambusch, die im Laufe des Monats stattfinden solle.

### 3. Anliegen der Jugendräte

Frau Borggräfe erklärt, dass der gesamtstädtische Jugendrat das Bündnis gegen Rechts begrüße und sich auch daran beteilige. Weiterhin berichtet sie von dem Graffiti-Projekt, bei dem bereits drei großflächige Bilder entstanden seien. Im Jugendrat Mitte sei die Sauberkeit der Stadt bemängelt worden. Daraufhin sei eine Arbeitsgemeinschaft ins Leben gerufen worden, die demnächst Lösungen entwickeln wolle, wie man die Stadt sauber halten könne.

Herr Talash berichtet, dass der Jugendrat Haspe den gesamtstädtischen Jugendrat gebeten habe, diesen bei folgendem Antrag zu unterstützen. Es gehe darum, dass der Jugendrat Haspe im Stadtteil Haspe eine öffentlich nutzbare Grillstelle haben wolle. Als Standort könne man sich beispielsweise den Ennepe-Park vorstellen. Man bäte nunmehr den Jugendhilfeausschuss, das Anliegen zu überprüfen und ggf. die Verwaltung zu beauftragen, die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. In den Nachbarstädten gebe es bereits solche öffentlichen Grillstellen.

Herr Strüwer möchte wissen, ob der Standort zwingend im Ennepe-Park sein müsse. Es gebe ja auch andere schöne Bezirke in Hagen.

Herr Talash antwortet, dass es grundsätzlich überall möglich sei. Da aber die Jugendlichen aus Haspe diesen Antrag gestellt hätten, wünschten sich diese natürlich den Platz auch in ihrem Stadtteil. Man könne ja dann die Erfahrungen aus Haspe abwarten, um ggf. in anderen Stadtteilen weitere Grillstellen einzurichten.

Herr Strüwer erklärt, dass es darum gehe, auszuloten, an welchen Stellen das möglich sei. Er schlage vor, die Thematik als ordentlichen Tagesordnungspunkt in der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung aufzugreifen und weiter zu verfolgen. Vom Grundsatz her sei man als Jugendhilfeausschuss sehr angetan, dass die Arbeit der Jugendräte am praktischen Leben ausgerichtet sei.

#### 4. Bündnis für Familien

Herr Strüwer stellt fest, dass Frau Walter als Vertreterin des Bündnisses für Familien nicht anwesend ist. Er erklärt, dass er mit Frau Walter sprechen wolle, dass sie sich zukünftig, wenn Anliegen vorlägen, vorab direkt an Herrn Strüwer wende.

Ansonsten werde der Standard -TOP von der Tagesordnung genommen.

#### 5. Konzeption eines Ausbildungsgangs "inklusive Bildung" des Käthe-Kollwitz-Berufskollegs Hagen

##### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Schäfer und Herr Hirschberg stellen die Konzeption des Aufbaubildungsganges am Käthe-Kollwitz-Berufskolleg vor (**siehe Anlage zu TOP 5**).

Das Angebot richte sich in erster Linie an die große Zahl der Erzieherinnen und Erzieher, die in Hagen und Umgebung tätig seien und durch die Möglichkeit eines solchen Aufbaubildungsganges berufsbegleitend im Bereich inklusiver Pädagogik eine Weiterbildung erfahren könnten. Das Ganze sei ein Modellprojekt. Man sei guter Hoffnung, dass man das Ganze auch mit Unterstützung des Schulausschusses in relativ kurzer Zeit anbieten könne. Man sei natürlich auch auf die Unterstützung des Jugendhilfeausschusses angewiesen.

Man werde in Kürze an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses mit der konkreten Frage herantreten, wer Interesse habe, als Vertreter/in in dem neu zu gründenden Beirat „inklusive Pädagogik“ mitzuarbeiten.

Herr Strüwer fragt, wie groß ein solcher Lehrgang ausgelegt sein werde, wie viele Personen teilnehmen könnten. 600 Stunden in 18 Monaten berufs begleitend zu absolvieren, sei ein großes Pensum. Er fragt nach den Lehrgangskosten. Wie solle die Unterstützung aussehen?

Herr Hirschberg antwortet, dass man als staatliche Schule keine Kosten erhebe. Es stelle sich die Frage, inwieweit ein Arbeitgeber Rücksicht auf die Teil-

nehmer nehmen könne, die ein solches Angebot wahrnehmen. Man wolle ein relativ flexibles Arbeitszeitmodell anbieten, so dass der Zeitrahmen bei 1,5 Jahren oder auch kürzer sein könne.

Herr Dr. Schmidt schlägt vor, dass man zusammen mit dem Fachbereich für die städtischen Kollegen/innen, die daran teilnehmen wollten, entgegenkommende Vereinbarungen entwickeln wolle.

Herr Schäfer erwidert, dass er das für eine gute Initiative halte. Es handele sich um eine sehr große Belastung für die Betroffenen. Unterstützung wäre dringend erforderlich. Der Arbeitgeber profitiere ja letztendlich auch von dieser Weiterqualifizierung.

Herr Strüwer erinnert an eine Diskussion, die vor kurzer Zeit im Jugendhilfeausschuss zum Thema „Inklusion in Kindertagesstätten“ stattgefunden habe. Es handele sich bei diesem Thema um eine sehr gute Ergänzung, die hier angeboten werde.

Er sei sicher, dass die Träger von Kindertageseinrichtungen ihren Mitarbeitern die Teilnahme an der Qualifizierung ermöglichen würden. Weiterhin werde der Jugendhilfeausschuss über alle Parteigrenzen hinweg dem Wunsch nach Unterstützung voll entsprechen.

Auf die Frage von Herrn Fischer, ob es sinnvoll sei, anstatt von Ausbildung bei dieser Maßnahme von Fortbildung zu sprechen, erklärt Herr Hirschberg, dass er das eindeutig bejahen könne.

Herr Strüwer wünscht den Herren Hirschberg und Schäfer alles Gute für das Projekt.

## 6. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer weist auf die ausgelegte Tischvorlage zu dem Tagesordnungspunkt hin (**siehe Anlage zu TOP 6**).

Frau Haack erläutert die vorläufigen Anmeldezahlen.

Für das nächste Kindergartenjahr käme man unter Einbeziehung der Kindertagespflege auf eine Versorgungsquote von 21,7 % im U-3- Bereich. Es gebe dort aber immer noch knapp über 200 nicht versorgte Kinder im U-3-Bereich. Auf der anderen Seite gebe es noch 20 freie Plätze, die sich quer über das Stadtgebiet verteilen. Außerdem habe man bei den Absagen auf die Möglichkeit der Betreuung durch Tagespflege hingewiesen. Die Nachfrage sei jedoch entgegen der Erwartungen daraufhin nicht explodiert.

Bei den Über-3-jährigen habe man noch 200 nicht versorgte Kinder. Davon

seien hauptsächlich die Stadtteile Altenhagen und Mitte betroffen.

Man werde überall da, wo es gehe, Plätze mehr belegen. Die Gruppen, die eigentlich mit 25 Kindern aufhören müssten, würden mit 2 zusätzlichen Kindern belegt. Das gehe allerdings nicht in allen Fällen. Mit dieser Problemlösung werde man noch ca. 110 Plätze schaffen. Die restlichen 90 Kinder würden nicht versorgt werden können.

Anschließend berichtet Frau Haack zum Stand des U-3- Ausbauprogramms. Die Kosten lägen bei ca. 10 Millionen Euro, die benötigt würden, um diese Maßnahmen umsetzen zu können. Man diskutiere im Moment über den Einsatz der Bildungspauschale im Kindertagesstättenbereich. Ob die Planungen bezüglich der Verzahnung mit Schule so schnell vorwärts gingen, wie man das wolle, werde auch an den Verantwortlichen vor Ort liegen. Es gebe noch deutliche Ressentiments, die es zu überwinden gelte. Es wäre ein deutlicher Erfolg für die Stadt Hagen, wenn es gelänge, die Kinderbildungseinrichtungen zu verzahnen.

Herr Strüwer erklärt, dass er der ausgelegten Liste nicht entnehmen könne, wie viele Absagen in den verschiedenen Bereichen an Eltern hätten verschickt werden müssen. Nach welchen Kriterien seien die Absagen erteilt worden?

Frau Haack macht deutlich, dass es sich wie in jedem Jahr um eine Belegungsliste handele. Daraus ging die Zahl der Kinder nach Einrichtungen hervor, die dem Land für das nächste Kindergartenjahr gemeldet würden. Die Absagen seien Sache des jeweiligen Trägers. Dieser bestimme in Abstimmung mit der Einrichtung, nach welchen Kriterien Absagen erteilt würden. Das seien in der Praxis ganz verschiedenen Kriterien.

Herr Strüwer nimmt Bezug auf die sich in der Planung befindlichen Projekte, die in den letzten Sitzungen vorgestellt worden seien. Inwieweit würden diese Projekte auch tatsächlich für das Kindergartenjahr 2012/2013 schon realisiert werden können? Habe sich die Planung aus den vergangenen Monaten erhärtet?

Frau Haack antwortet, dass bei den angesprochenen Investorenmodellen die Planungen für die Einrichtungen Altenhagen, Hochstraße und Schmiedtechnik im Lennetal kein Problem darstellten. Die Einrichtung in der Tondernstraße werde sich für das kommende Kindergartenjahr nicht verwirklichen lassen. Dort gebe es noch Verzögerungen in der Abstimmung. Dort werde auf keinen Fall im Sommer die U-3-Betreuung stattfinden können.

Neu sei ab dem letzten Jahr im KiBiz, dass zusätzliche U-3-Plätze auch im Laufe eines Kindergartenjahres dadurch geschaffen werden könnten, dass diese nachgemeldet würden. Von daher habe man auch die Möglichkeit, wenn Baumaßnahmen erst im Laufe des Jahres fertig gestellt werden können, die neuen Plätze zu belegen und nicht versorgte Kinder aufzunehmen. Zurzeit seien nur die fünf Maßnahmen gesichert, die aus Bundesmitteln finanziert würden. Alle anderen Maßnahmen, die aus Landesmitteln gefördert werden sollten, stünden durch die geplatzte Landesregierung in Frage. Diese hätten alle unter dem Vorbehalt eines genehmigten Haushaltes gestanden. Von daher könne man mit diesen Maßnahmen nicht beginnen.

Herr Dr. Schmidt erinnert daran, dass man aus der Bildungspauschale leider nur städtische Objekte finanzieren könne. Durch die neue Situation gingen der Stadt Hagen 67 U3-Plätze aus Landesmitteln verloren, von denen allerdings durch Ausnahmegenehmigung vorab 35 Plätze bereits belegt seien. Es sei sicher eine Sache für den Kämmerer, den Vorstand und die Fraktionsspitzen, wie man darauf reagiere.

Herr Reinke fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass 200 Kinder bei den 3-6-Jährigen noch nicht versorgt seien? Er zeigt sich sehr erstaunt darüber, als seine Frage von Herrn Steuber bejaht wird. Seien alle verfügbaren Plätze belegt? Das ginge aus der vorliegenden Belegungsliste nicht hervor. Außerdem erinnert er daran, dass vereinbart worden sei, dass mit allen Trägern noch Gespräche geführt werden sollten, ob Möglichkeiten gesehen würden, noch weitere Plätze zu schaffen. Er denke da zum Beispiel an die Einrichtung in der Dümpelstraße, die seit einigen Jahren zweigruppig sei. Dort stehe aber seiner Meinung nach das Angebot, in Kooperation mit der Stadt eine weitere Gruppe einzurichten.

Herr Steuber erinnert sich daran, dass man in der letzten Sitzung sehr ausführlich über die Anmeldesituation gesprochen habe. Auch über die Zahlen der nicht versorgten Kinder habe man seinerzeit berichtet. Man habe allerdings auch dargelegt, aus welchen Gründen das so sei. Es gebe eine Mitarbeiterin, die den ganzen Tag damit beschäftigt sei, herauszufinden, wo es alternative Angebote gebe. Man versuche, in den Einrichtungen zwei bis drei zusätzliche Kinder aufzunehmen. Er gehe davon aus, dass es gelänge, bis zum Beginn des Kindergartenjahres die unversorgten Kinder über 3 Jahren unterzubringen. Für die Kinder unter 3 Jahren werde das nicht gelingen. Da reichten die Kapazitäten nicht aus.

Frau Versteeg-Schulte führt aus, dass die Einrichtung in der Dümpelstraße schon gleich mit einer Überbelegung gestartet sei. Die Besonderheit liege auch in der Raumfrage. Diese werde in einer Begehung mit dem Landesjugendamt am 26.04.2012 aufgegriffen werden.

Herr Strüwer verweist noch mal auf die Änderung der Schuleingangsfristen, die teilweise zu den jetzt bestehenden Problemen geführt hätten. Dadurch seien ca. 300 Kinder in den Einrichtungen verblieben und die entsprechende Nachbelegung durch neue Kinder habe nicht erfolgen können. Der Hinweis von Herrn Steuber, dass sichergestellt würde, dass der Rechtsanspruch für 3-6-jährige Kinder erfüllt werde, sei sehr wichtig.

Bezüglich der Einrichtung in der Tondernstraße wundere er sich über die Entwicklung. Es sei seinerzeit deutlich gemacht worden, dass die Realisierung wirtschaftlich, kostendeckend und kurzfristig möglich sei.

Außerdem bitte er die Einrichtungen, die aufgrund von Unterbringungsschwierigkeiten die Zahl der Kinder reduziert hätten, diese Entscheidung noch einmal aufgrund der problematischen Situation zu überdenken. Er denke da zum Beispiel an die Lutherkirche.

Frau Versteeg-Schulte macht deutlich, dass die Umbaumaßnahmen in der Tondernstraße in diesem Jahr nicht zu realisieren seien. Sie kündigt hierzu eine

Vorlage für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses an. Auch im Innenstadtbereich würden alle Möglichkeiten geprüft. Eine Option sei die Erwin-Hegemann-Schule. Auch das sei zeitlich nicht so schnell zu realisieren.

Frau Debudaj möchte wissen, welche Strecken für Eltern zumutbar seien, die sie zurücklegen müssten, um ihre Kinder in die Kindertagesstätte zu bringen.

Herr Dr. Schmidt erklärt, dass es hierzu keine Regelung gebe. Im Extremfall sei es dann zumutbar, quer durch das Stadtgebiet fahren zu müssen. Das lasse das Gesetz zu. Das sei natürlich auch nicht im Interesse der Verantwortlichen.

Er informiert darüber, dass der „Närrische Reichstag“, der ja seinerzeit für eine Kindertagesstätte im Gespräch gewesen sei, nun verkauft werden solle. Nach einer gewissen Zeit, die man den Karnevalisten noch zugestehen wolle, stehe das Thema Kindertagesstätte durchaus wieder in der Überlegung.

Herr Steuber weist darauf hin, dass man mit sämtlichen Wohnungsgesellschaften intensiv im Gespräch stünde.

Herr Strüwer erklärt, dass er auf eine Erklärung warte, warum man noch vor kurzem mitgeteilt habe, dass die Realisierung einer zusätzlichen Gruppe in der Tondernstraße problemlos bis Mitte des Jahres möglich sei und jetzt plötzlich im März des Jahres mitgeteilt werde, dass sei sowieso nicht denkbar gewesen. Das könne er nicht nachvollziehen. Wie könne man zu einer solchen neuen Auffassung kommen?

Herr Steuber nimmt die Kollegen der Gebäudewirtschaft dahingehend in Schutz, dass die Kollegen bereit stünden, die Planungen für mindestens zwei Schulen umgehend umzusetzen, wenn der Rat den entsprechenden Beschluss fassen sollte.

Herr Strüwer korrigiert sich dahingehend, dass die angesprochenen Planungen und Aussagen zur Tondernstraße seinerzeit nicht von der Gebäudewirtschaft, sondern von der HGW veranlasst worden seien. Somit bestünde bei der HGW besonderer Erklärungsbedarf.

Herr Strüwer bittet Frau Debudaj, zu berichten, wenn ihr Dinge in dem zuvor angesprochenen Bereich bekannt würden. Dann könne man auch zu guten Lösungen kommen.

Frau Versteeg-Schulte teilt zum Thema „Förderung von Familienzentren“ mit, dass zwei neue Kontingente für das neue Kindergartenjahr 2012/2013 zugestanden worden seien. Man sei gerade in der Diskussion mit den Familienzentren und den Trägern zur Verteilung der Kontingente. Meldefrist sei der 15.06.2012. Zu dem Thema werde es spätestens bis zur Mai-Sitzung eine Vorlage für den Jugendhilfeausschuss geben.

Herr Strüwer erklärt, dass man bei dem Thema „am Ball“ bleiben werde. Auch im Rahmen der Schulentwicklungsplanung werde man kurz vor Verabschiedung im Rat der Stadt Hagen zum Thema „Kombination Grundschule und Kin-



dertagesstätte“ Empfehlungen aussprechen. Vorher wolle man jedoch die Beratungen in den Bezirken und anderen Ausschüssen abwarten. Man werde sich in die Beratungsfolgen einbringen, da der Jugendhilfeausschuss offensichtlich vergessen worden sei.

**7. Neuausrichtung der Gebäude- und Immobilienwirtschaft bei der Stadt Hagen hier: Einführung eines Mieter-Vermieter-Modells (MVM)  
Vorlage: 1089-1/2011**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Kessen erläutert die Neuausrichtung der Gebäude- und Immobilienwirtschaft bei der Stadt Hagen.

Herr Feldhaus möchte im Hinblick auf die Zusammensetzung der neuen GWH wissen, wer Eigentümer sei und damit die Entscheidungsbefugnis habe. Inwieweit seien Politik und Verwaltung Herr des Geschehens?

Herr Kessen erklärt, dass rechtlicher Eigentümer aller Immobilien die Stadt Hagen bleibe. Man wolle eine neue Rolle in der neuen Immobilienwirtschaft haben. Es sei vereinbart, dass die neue GWH jegliche Wirtschaftlichkeitsbetrachtung mit einbringe. Immobilienflächen sollten sinnhaft und wirtschaftlich bereit gestellt werden. Die Zuständigkeiten der verschiedenen Gremien beispielsweise für die Veräußerung, Bewirtschaftung und Vermietung von Immobilien sei weiterhin gegeben. Die neue GWH werde allerdings für die Stadt die entsprechenden Vorlagen dort einbringen.

Herr Strüwer nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Kessen, dass es derzeit viele Schnittstellen gebe, wo die Zuordnungen auch nicht klar geregelt seien. Er gehe davon aus, dass dadurch auch im Bereich der Verwaltung der Immobilien der Stadt Hagen eine entsprechende personelle Einsparung erfolgen werde. In welchem Umfang werde das auch unter dem angesprochenen Konsolidierungsdruck erfolgen? Er bäte, dem Ausschuss anhand eines Beispiels zu verdeutlichen, wie die Unterhaltung eines Jugendzentrums dann aussähe. Werde man dann auf eine Summe veranschlagt, die man derzeit schon ermittelt habe?

Herr Kessen macht deutlich, dass Einsparungen in jedem Bereich unumgänglich seien. Das werde auch spürbar sein. Man habe dem Bereich GWH relativ strikte Einsparvorgaben gemacht zum Beispiel zum Thema Objektbetreuer und Hausmeister vor Ort. Jede Einrichtung werde definitiv nicht mehr einen eigenen Objektbetreuer und Hausmeister vor Ort haben. Es werde in dem Bereich mobile Einsatztrupps geben. Die Erwartungshaltung an die GWH sei, funktionierende und benutzbare Flächen zur Verfügung zu stellen. GWH müsse den Verwaltungsbereich straffen und die Summen, die im Haushaltssicherungskonzept enthalten seien, einsparen. Der Druck sei vorhanden, das Ganze realisie-

ren zu müssen.

Herr Strüwer stellt fest, dass eine Kenntnisnahme der Vorlage vorgesehen sei. Er wünscht Herrn Kessen alles Gute für seine Arbeit.

### **Beschluss:**

Die Vorlage der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 14  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0

## **8. Das Bundeskinderschutzgesetz**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Steuber erläutert das Bundeskinderschutzgesetz (**siehe Anlage zu TOP 8**).

Herr Koslowski fragt, ob es von Seiten der Stadt bereits Überlegungen zu dem Vertrag bezüglich der Finanzierung der Hebamme gebe, da dieser befristet sei und auch bald auslaufe.

Herr Steuber äußert, dass er nicht davon ausgehe, dass man aufgrund der aktuellen Entwicklung in Kürze mit Landeszuschüssen rechnen könne. Daher sähe er nur die Möglichkeit, dass die Kommune die vertragliche Vereinbarung, die bis zum 31.05.2012 laufe, verlängere. Dafür sei der Fachbereich Gesundheit zuständig. Zu diesem Thema seien bereits erste Gespräche geführt worden.

Frau Brkowski fragt nach der Anbindung der beratenden Fachkraft.

Herr Steuber erklärt, dass diese nicht zwingend bei der Stadt angesiedelt sein müsse.

Herr Strüwer bedankt sich bei Herrn Steuber für seine Ausführungen. Man werde neue Handlungsrahmen abstecken müssen und schauen, welche finanziellen und personellen Notwendigkeiten sich abzeichneten.

Herr Losch möchte wissen, ob es zukünftig eine zentrale Anlaufstelle bei der Stadt für die Fachberatung geben werde.

Herr Steuber berichtet, dass man eine kleine Arbeitsgruppe zu der Umsetzung dieses Gesetzes gebildet habe. Man habe ein Papier in den Verwaltungsvorstand gegeben, der sich in erster Lesung bereits damit beschäftigt habe. Daraus habe man weitergehende Aufträge erhalten. Nach ihrer Auffassung müsste es wie in vielen anderen Städten auch eine Koordinierungsstelle für die Umsetzung des Themas Kinderschutz in Hagen geben. Dort müsse der Prozess der Umsetzung dieser Beratungsanfragen koordiniert werden. Weiterhin müsste dort die Umsetzung der frühen Hilfen gestaltet werden. Man sei sich darüber einig, dass das nicht zusätzlich von der Abteilung „Erziehungshilfen“ geleistet werden könne.

Herr Goebels ergänzt die Ausführungen.

Herr Reinke bedankt sich bei Herrn Steuber für dessen Vortrag. Man habe in Hagen schon einiges an Arbeit geleistet. Mit diesem Gesetz habe man die Grundlage, Dinge zu organisieren. Dem Vortrag sei zu entnehmen gewesen, dass Kinder und Jugendliche Anspruch auf Beratung hätten. In diesem Zusammenhang sei ihm die Kinderschutzambulanz eingefallen, die sich ja auch seit Herbst letzten Jahres für Selbstmelder öffne. Man habe ja gehört, dass die finanzielle Ausstattung der Kinderschutzambulanz nicht ausreichend sei. Könne man daraus den Anspruch auf eine weitere finanzielle Ausstattung der Kinderschutzambulanz ableiten? Diese Frage wolle er als Anregung mit auf den Weg geben.

Herr Goebels macht deutlich, dass bei der Kinderschutzambulanz die Diagnostik im Vordergrund stünde. Dort müssten immer die Personensorgeberechtigten ihr Einverständnis erteilen. Er halte es für sinnvoll, sich mit den Beratungsstellen in Hagen darüber abzustimmen, wie man damit umgehe und ob daraus ein entsprechendes Angebot entstehen könne.

Herr Steuber verweist auf § 8 Abs. 3 Bundeskinderschutzgesetz, in dem geregelt sei, dass Kinder und Jugendliche Anspruch auf Beratung hätten ohne Kenntnis des Personensorgeberechtigten, wenn die Beratung aufgrund einer Not- und Konfliktlage erforderlich sei, solange durch die Mitteilung an den Personensorgeberechtigten der Beratungszweck vereitelt würde. Das sei in jedem Fall ein Abwägungsprozess.

Herr Strüwer stellt fest, dass durch das Gesetz neue Anforderungen auf die Kommunen zukämen. An vielen Stellen sei man bereits mit der Thematik befasst. Hier werde gefordert, noch einmal konzentrierter die unterschiedlichen

Dienste zusammenzuführen, um ein vernünftiges Konzept auf die Beine zu stellen. Mit dieser Thematik werde sich der Jugendhilfeausschuss auch zukünftig beschäftigen.

**9. Spielplatzpatenkonzept  
Vorlage: 0159/2012**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Reinke fragt nach dem Sinn der Vorlage, da es doch bereits seit Jahren solche Patenschaften gebe.

Herr Hannusch macht deutlich, dass es hier um die Aufwertung des bürgerschaftlichen Engagements gehe. Über die Qualifizierung dieses Prozesses sollten auch neue Paten für Spielplätze akquiriert werden.

Herr Strüwer fragt nach der Anzahl der bestehenden Patenschaften. Habe sich das bisher bewährt?

Herr Hannusch erklärt, dass es zur Zeit 8 Patenschaften für Spielplätze - verteilt über ganz Hagen - gebe. Es gebe positive Erfahrungen mit den Patenschaften. Zum Beispiel ginge der Vandalismus deutlich zurück. Die Spielplätze wirkten gepflegter. Die Leute fühlten sich verantwortlich für die Spielplätze.

Herr Strüwer regt an, ggf. bei Gelegenheit eine Würdigung dieser Personen im Ausschuss vorzunehmen.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt das Spielplatzpatenkonzept zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 14  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0

**10. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates**

Herr Losch weist darauf hin, dass es in der Bundesrepublik Deutschland jedes Jahr 320000 Fälle von sexuellem Missbrauch an Kindern gebe. Er möchte wissen, wie hoch die Zahl in der Stadt Hagen sei.

Herr Goebels antwortet, dass diese Frage spontan nicht zu beantworten sei. Seit die Kinderschutzambulanz in Hagen existiere, habe sich die Zahl deutlich erhöht.

Herr Strüwer bittet, dem Ausschuss diese Information in der nächsten Sitzung unter Mitteilungen hintergründiger zu erläutern.

Herr Reinke erinnert daran, dass er bei verschiedenen Gelegenheiten seit längerer Zeit gebeten habe, das Vertragswerk und den Unterlagen zur Suchtberatung zur Verfügung zu stellen. Das sei ihm mehrfach zugesichert worden. Leider sei das bis heute nicht geschehen. Wann könne er damit rechnen?

Herr Steuber erklärt, dass es seit längerer Zeit eine Arbeitsgruppe - bestehend aus drei Trägern - gebe, die sich mit diesem Thema beschäftige. Der Vertrag mit Datum vom 08.03.2012 sei abgestimmt. Damit habe die Arbeitsgruppe ein abschließendes Werk erstellt. Die drei Trägervertreter hätten vereinbart, das Vertragswerk in ihren jeweiligen Organisationen absegnen zu lassen. Anschließend solle in die Arbeitsgruppe rückgekoppelt werden, ob das jetzt der abschließende Stand sei, der in die weitere Diskussion gehen könne. Man wäre dann auch in der Lage, die Gremien mit diesem Vertragsentwurf zu beteiligen. Derzeit werde mit 4 potentiellen Vermietern verhandelt. Er gehe davon aus, dass man in absehbarer Zeit zu einer abschließenden Entscheidungssituation kommen könne.

Herr Reinke weist darauf hin, dass ein Träger die Stadt Hagen sei. Dann könnten ja diesbezüglich auch der Jugendhilfeausschuss, der Sozialausschuss und der Rat der Stadt Hagen beteiligt werden.

Herr Steuber bejaht die Feststellung von Herrn Reinke. Allerdings müsse das noch verwaltungsintern abgestimmt werden.

Herr Strüwer weist abschließend darauf hin, dass die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses für den 25.04.2012 terminiert. In der Sitzung solle der Haushaltplan 2012/2013 beraten werden. Am 26.04.2012 werde der Haushaltssicherungsplan im Rat der Stadt Hagen eingebracht. Mit dem Haushaltssicherungsplan sollten noch einmal ca. 15 Millionen Euro eingespart werden. Er befürchte, dass vieles, mit dem sich der Ausschuss sich bereits in der Vergangenheit auseinandergesetzt habe, wieder zur Diskussion komme. Er überlege, ob es nicht sinnvoll sei, die Sitzung des Jugendhilfeausschusses nach hinten zu verschieben, um mögliche Einsparvorschläge umfassender beraten zu können. Man werde zu gegebener Zeit darüber entscheiden.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.15 Uhr

gez. Willi Strüwer  
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe  
Schriftführerin